

Antrag

der Abgeordneten Dr. Marc Jongen, Martin Erwin Renner, Dr. Götz Frömming, Beatrix von Storch, Matthias Moosdorf, René Springer, Peter Boehringer, Marcus Bühl, Thomas Dietz, Dr. Malte Kaufmann, Dr. Michael Kaufmann, Stefan Keuter, Edgar Naujok, Tobias Matthias Peterka und der Fraktion der AfD

Deutsche Identität verteidigen – Kulturpolitik grundsätzlich neu ausrichten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Kulturelle Identität

Kulturelle Identität, verstanden als geistige Heimat, entsteht dann, wenn sich eine Gemeinschaft von Menschen durch Sprache, Herkunft, Traditionen, Kultur und Religion, aber auch durch landesspezifische Gepflogenheiten und Werte – wie z. B. Ehrlichkeit, Verlässlichkeit oder Fleiß – miteinander verbunden fühlt. Zugehörigkeit zu einer Kultur bildet sich aus, wenn einer Person Sprache, Traditionen, Religion und Kultur geläufig sind, sprich: wenn sie die entsprechenden Kompetenzen erworben hat. Kulturelle Identität basiert auf gemeinsamen historischen Erfahrungen, auf der Ortsbestimmung in der Gegenwart und, daraus folgend, auf einer kollektiv geteilten Perspektive, die mit Blick auf die Zukunft entwickelt wird. Das Zusammenwirken dieser Aspekte kultureller Identitätsbildung führt zu dem, was der Soziologe Sven Papcke als „schöpferische Leistung einer ‚Balancestiftung‘“ bezeichnet hat.¹

Die deutsche Kulturpolitik ist mit jeder Legislaturperiode weniger auf die Stiftung kultureller Identität in diesem positiven Sinn ausgerichtet. Mit der Übernahme der Amtsgeschäfte durch das Kabinett Scholz 2021 und damit auch durch Kulturstatsministerin Roth hat die Ideologisierung der Kulturpolitik noch einmal deutlich Fahrt aufgenommen.

¹ Sven Papcke: Gibt es eine kulturelle Identität der Deutschen?, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.): Die Identität der Deutschen, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1983, S. 259.

Ideologeme der Identitätspolitik angeblich benachteiligter Minderheiten, der Dekolonisierung und damit verbunden der „Cancel Culture“, des Postkolonialismus, „Antirassismus“ und „Antifaschismus“, der „Diversität“ und des „Gender Mainstreaming“ sowie das Dogma der „Klimaneutralität“ bzw. „Klimagerechtigkeit“ bestimmen seitdem die Agenda, was sich in einer entsprechend ideologisierten Kulturförderpolitik niederschlägt.

Die Kultur- und Medienförderung wird zunehmend als Mittel zum Umbau der Gesellschaft begriffen; die deutsche kulturelle Identität im traditionellen Sinn, die als negativ perzipiert wird, soll dadurch beseitigt werden.

Allen diesen Ideologemen ist gemeinsam, dass sie sich gegen die westlich-demokratischen Kulturen und Traditionen richten, denen latenter oder offener Rassismus, die planetarische Ausbeutung der Erde, Neo-Kolonialismus oder -Imperialismus, Transphobie, Eurozentrismus und anderes mehr vorgeworfen wird. Innerhalb dieser Diskurse entscheidet der Grad der Betroffenheit darüber, wer sich äußern darf und wer nicht, was zu einer Art „Opferwettbewerb“ um „Teilhabe“ und „Sichtbarkeit“ auf der Grundlage zugeschriebener moralischer Überlegenheit führt.

2. Postkolonialismus

Beispielhaft hierfür ist die Aufarbeitung der Kolonialzeit, die mittlerweile einen breiten kulturpolitischen Raum einnimmt. Wer die pauschalen und undifferenzierten Verdammungsurteile über die Rolle Deutschlands und Europas in dieser Zeit nicht teilt, die äußerst selektiv mit den historischen Fakten umgehen müssen, um sich den Schein von Plausibilität geben zu können, steht umgehend unter Verdacht, seiner historischen Verantwortung gegenüber den Opfern des Kolonialismus nicht gerecht werden zu wollen, ja ihnen sogar feindselig gegenüberzustehen. Ein Ausschluss aus dem Diskurs durch „Cancel Culture“ ist oftmals die Folge. Das hat seine handfesten Gründe, geht es den hegemonialen „Opferentrepreneuren“ (Sandra Kostner) doch neben Machtzuwachs vor allem um Kompensationsansprüche (z. B. in Gestalt von Reparationen oder der Restitution von Kulturgut aus kolonialem Kontext). Konsequenterweise erscheint die deutsche Kolonialzeit aus dieser Perspektive als eine einzige, bisher verdrängte Verbrechen Geschichte. Deshalb bedarf es einer „umfassenden Aufarbeitung“, die von der Entwicklung eines „Konzeptes für einen Lern- und Erinnerungsort Kolonialismus“² über „postkoloniale“ Leitfäden für deutsche Museen³ und Restitution von Kulturgut aus kolonialen Kontexten bis hin zur „Entkolonialisierung“ unserer Städte und selbst unserer Sprache reicht. Spektakuläres Beispiel war jüngst die mit maßgeblicher Unterstützung der Kulturstaatsministerin erfolgte Versenkung der Benin-Bronzen aus deutschen Museumssammlungen, die aus „politischen Gründen unter Absehung einer Wertermittlung“⁴ erfolgte – es handelt sich nach Schätzungen um einen sechsstelligen Millionenbetrag – und als Präzedenzfall für weitere umfassende Rückgaben gelten darf.⁵

² Koalitionsvertrag 2021–2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und den Freien Demokraten (FDP), Zeile 4221–22.

³ www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/neuer-postkolonialer-leitfaden-fuer-deutsche-museen-17212735.html; letzter Zugriff: 6.12.2022.

⁴ Vgl. www.bundestag.de/ausschuesse/a22_kultur/oeffentliche_sitzungen/914338-914338; ab Min. 01:20:07 (Dr. Andreas Görgen, Amtschef bei der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien).

⁵ Koalitionsvertrag, S. 125, Zeile 4220–4221.

Die Befürworter der Rückgabe von Kulturgut aus kolonialem Kontext wie auch die Wortführer der „Cancel Culture“ berufen sich auf „historische Gerechtigkeit“, was auf nichts anderes als auf eine „Juridifizierung der Geschichte“ (Egon Flaig) hinausläuft.

Hierbei sind, wie der emeritierte Althistoriker Egon Flaig gezeigt hat, drei Dogmen entscheidend, die auf Frantz Fanon, einen der Vordenker der Entkolonialisierung, zurückgehen: Die Europäer hätten den Kolonialismus errichtet, sie seien die Erfinder des Rassismus und hätten „die Sklaverei gebracht“.⁶ Von Dogmen redet Flaig deshalb, weil der „antikoloniale Diskurs vier historische Tatsachen“ leugne, nämlich dass „sämtliche Hochkulturen“, aber auch „eine Menge vorstaatlicher Gesellschaften sklavistische Systeme“ waren, dass die weltweite Abschaffung der Sklaverei „eine westliche Errungenschaft“ sei, dass sämtliche Eroberer „Formen von Kolonialismus“ praktizierten, dass Rassismus ein „ubiquitäres Phänomen“ sei und der „hautfarbige Rassismus eine arabische Kreation“. Die Leugnung dieser vier Wahrheiten habe zur Folge, dass jene Kultur „zur Quelle allen Übels dämonisiert“ werden konnte, „welche die Menschenrechte formulierte“,⁷ nämlich die Kultur des Westens, zu der auch Deutschland gehört.

Mit anderen Worten: Das erinnerungspolitische Bild, das der Postkolonialismus von der Kolonialzeit zu zeichnen versucht und das sich nun anschickt, kulturpolitisch normativ zu werden, hat mit der historischen Wahrheit wenig bis nichts zu tun. Umso größer aber ist der Schaden, der hier kultur- und erinnerungspolitisch angerichtet wird, werden doch ganze Epochen der europäischen und damit auch deutschen Geschichte unter das Verdikt unbedingter Schuld gestellt.

Dass die postkolonialistische Bewegung überdies eine starke Affinität zum Antisemitismus hat, hat die ‚documenta fifteen‘ im vergangenen Jahr gezeigt, auf der antisemitische Karikaturen nach „Stürmer“-Art dargeboten und als Teil einer „Perspektive des globalen Südens“ verharmlost wurden. Erst nach massiven Protesten, nicht zuletzt des Zentralrats der Juden, wurden die Machwerke entfernt. Der Schaden, der dabei für das deutsche Ansehen in der Welt entstanden ist, ist immens. Der Postkolonialismus hat sich damit desavouiert; Projekte, die seine Ideologie affirmativ verbreiten, haben jeden Anspruch verspielt, mit Bundesmitteln gefördert zu werden.

3. „Diversität“

Ein weiteres Agitationsfeld ideologischer Kulturpolitik ist die Förderung von „Diversität“ bzw. „Vielfalt“. Laut Koalitionsvertrag sollen in der Kulturpolitik fortan „Barrierefreiheit, Diversität, Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit“⁸ das Maß aller Dinge sein und nicht die Bewahrung unserer kulturellen Identität als „maßgebendes politisches Integrationsprinzip“ (Rupert Scholz)⁹. Das neue Leitbild lautet nun: „Einheit in Vielfalt“, die durch eine „ganzheitliche Diversity-Strategie“¹⁰ herbeigeführt werden soll.

⁶ www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/kolonialismus-debatte-die-illusion-von-gerechtigkeit-18377429.html; letzter Zugriff: 6.12.2022.

⁷ Ebd.

⁸ Koalitionsvertrag, S. 121, Zeile 4082–4083.

⁹ Rupert Scholz: Kulturelle Identität, Die Politische Meinung, Nr. 465, August 2008, S. 35–39, hier: S. 36 f.

¹⁰ Koalitionsvertrag, S. 118, Zeile 3953, 3955.

„Diversität“ oder „Vielfalt“ war ursprünglich ein Kampfbegriff der feministischen und „antirassistischen“ Bürgerrechtsbewegungen der USA der 1960er Jahre, der zunächst Eingang in die Regierungspolitik der USA fand und Ende der 1990er Jahre als Leitbild auch von Europäischen Union und dann in Deutschland übernommen wurde.

Ziel ist die Herstellung von sogenannter „Chancengleichheit“ von Gruppen, die aufgrund bestimmter Merkmale, wie *Race*, Geschlecht, Hautfarbe, nationale Herkunft, Behinderung etc., Benachteiligungen geltend machen. Die „Chancengleichheit“ gilt freilich erst dann als gegeben, wenn Ergebnisgleichheit herrscht, sie ist mit anderen Worten ein Euphemismus für die gezielte Benachteiligung (meist über Quoten) von Personen aus der Mehrheitsgesellschaft, die keinen Opferstatus für sich reklamieren können. Auch das Zusammenkommen mehrerer Unterschiedsdimensionen in einer Person, genannt Intersektionalität¹¹, kommt dabei zum Tragen. Ursprünglich vor allem ökonomisch konnotiert, und zwar in dem Sinne, dass über ein entsprechendes „Diversitätsmanagement“ Wettbewerbsvorteile erzielt werden können, ist „Diversität“ ab etwa 2010, wohl auch aufgrund seiner „semantischen Flexibilität“ (Pohl/Siebenpfeifer), sukzessive an die Stelle des „Multikulturalismus“ getreten, den die damalige Bundeskanzlerin als „absolut gescheitert“ bezeichnete.¹²

Sowohl der Multikulturalismus als auch das Konzept der „Diversität“, das auf der Behauptung fußt, dass Vielfalt und nicht Gemeinschaft und ein Gefühl der Zusammengehörigkeit der wichtigste Wert sein sollte, haben, so der US-Politikwissenschaftler Samuel Huntington, zur Dekonstruktion und Fragmentierung von nationaler und kultureller Identität und zum „Aufstieg von subnationalen Identitäten“ geführt¹³. Den Multikulturalismus – der mittlerweile in der weitergefassten „Diversität“ als eines „Miteinanders in Vielfalt“¹⁴ aufgegangen ist – charakterisierte Huntington als „antiwestliche Ideologie“, die sich polemisch gegen die „Hegemonie der eurozentrischen Werte“ richtet und damit dem demokratischen Gemeinwesen die Grundlagen entzieht.¹⁵ Es liegt in der Natur der Forderungen und Ziele dieser „Bewegung“, dass hierbei das „kulturelle Kapital“¹⁶ (Rolf Peter Sieferle) europäischer Nationalstaaten und damit auch Deutschlands immer weiter aufgezehrt wird.

¹¹ Vgl. z. B. www.auswaertiges-amt.de/blob/216940/3596859eebe39f90fa327e81ede416a3/aktionsplan1325-data.pdf; S. 15; letzter Zugriff: 7.12.2022.

¹² Peter C. Pohl/Hania Siebenpfeifer (Hg.) (2016): Diversity Trouble. Vielfalt – Gender – Gegenwartskultur, Berlin, S. 12.

¹³ Samuel Huntington (2004): Who Are We? The Challenges to America's National Identity, New York, S. 141 ff.

¹⁴ www.fes.de/themenportal-flucht-migration-integration/leitbild-miteinander-in-vielfalt; letzter Zugriff: 7.12.2022.

¹⁵ Ebd. S. 171.

¹⁶ Rolf Peter Sieferle: „Deutschland, Schlaraffenland“ oder: der Untergang Europas, in: Tumult, Winter 015/16, S. 23–28.

4. „Cancel Culture“

Ein aktuelles Beispiel hierfür ist der Streit um die auf den Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV. zurückgehende Kuppelinschrift des rekonstruierten Berliner Schlosses, von der sich das dort ansässige Humboldt Forum mit einer Bronzetafel distanzieren möchte; überdies soll sie mit einer nächtlichen Lichtinstallation überblendet werden. Der in dieser Inschrift angeblich zutage tretende christliche Exklusivitätsanspruch soll im Widerspruch zur „Weltoffenheit“ des Humboldt Forums stehen.

Der Philosoph und Theologe Richard Schröder hat überzeugend dargestellt, dass die Lesart des „Herrschaftsanspruchs“ auf mangelnde historische Kontextualisierung und damit auf mangelnde Bildung zurückgeht.¹⁷ Nichtsdestoweniger wird seitens des Humboldt Forums wie auch der Kulturstaatsministerin weiter an der Installation der Bronzetafel und an der Lichtinstallation festgehalten.

Ein weiteres Beispiel ist die Diskussion um den Namen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK); die Kulturstaatsministerin tritt dafür ein, „Preußen“ aus dem Namen der traditionsreichen Institution zu streichen. Der Name der Stiftung bringe angeblich nicht „die Weltläufigkeit der Kulturgüter zum Ausdruck“. Außerdem schließe er einen großen Teil Deutschlands aus.¹⁸ Das alles sind vorgeschobene Argumente, die den eigentlichen Zweck dieses Vorstoßes nicht verbergen können: Es geht darum, „Preußen“ im Namen der letzten großen staatlichen Institution, die diesen in linksgrünen Kreisen verhassten und auch verkannten Teil deutscher Geschichte noch adressiert, zu „canceln“ und die Erinnerung daran zu tilgen. Dass damit wieder ein Stück deutsche kulturelle Identität verloren geht, ist explizites Ziel dieses Vorstoßes.

5. Geschlechtergerechtigkeit

Neben „Diversität“ gehört die Förderung der „Geschlechtergerechtigkeit“ zu den wesentlichen kulturpolitischen Anliegen der Bundesregierung.¹⁹ Tatsächlich geht es hier nicht um Gerechtigkeit, sondern um „positive Diskriminierung“, d. h. um die Bevorzugung von Frauen aufgrund des Geschlechts in Form einer Quote. Die Folge dieses Quotensozialismus ist ein Alarmismus in Permanenz, der sirenenhaft immer dann ertönt, wenn Männer in irgendeinem Kulturbereich die Mehrheit stellen. Jede noch so geringe Abweichung von der Geschlechterparität wird skandalisiert, um eine systematische Benachteiligung von Frauen daraus abzuleiten. Wenn umgekehrt in einer Institution ein deutlicher Frauenüberhang herrscht – meist als Folge der „Gleichstellungspolitik“ –, dann wird das als ein völlig normaler, ja wünschenswerter Zustand erachtet.

¹⁷ www.domradio.de/artikel/foerdereverein-berliner-schloss-kritisiert-geplante-infotafel; letzter Zugriff: 15.12.2022.

¹⁸ www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/claudia-roth-stiftung-preussischer-kulturbesitz-umbenennen-18558677.html; letzter Zugriff: 11.01.2023.

¹⁹ Koalitionsvertrag, S. 121, Zeile 4082–4083.

Ein bemerkenswerter Widerspruch besteht darin, dass die Bundesregierung, die in „Geschlechterrollen“ gemäß der Gender-Ideologie nichts anderes als eine „soziale Konstruktion“ sieht²⁰, dennoch nichts gegen Frauenquoten einzuwenden hat, die das (biologisch definierte) weibliche gegenüber dem männlichen Geschlecht „positiv diskriminieren“. Insgesamt handelt es sich um die Umsetzung radikalfeministischer Forderungen, in erster Linie um die Beseitigung angeblicher „Männerdominanz“. Bei den Frauenquoten wird es aller Voraussicht nicht bleiben, weitere Quotenforderungen im Kulturbereich werden sich anschließen, um alle möglichen Minderheiten „sichtbarer“ zu machen, seien es People of Color, LGBTQ-Menschen, „Menschen mit Migrationshintergrund“ usw.

6. „Green Culture“

Ein weiteres Agitationsfeld der Kulturstaatsministerin ist die „ökologische Transformation“ als angebliche „Mammutaufgabe der Kulturpolitik“. Aus diesen Gründen soll unter anderem eine „zentrale Anlaufstelle für ökologische Nachhaltigkeit“ oder „Green Culture“ geschaffen werden, „die die Kultur- und Medienbranche auf dem Weg zu einem klimaschonenden Betrieb beraten, vernetzen und unterstützen soll“.²¹ Dabei werden unter anderem die Auswirkungen der von der Bundesregierung mitgetragenen desaströsen Sanktionspolitik gegen Russland als Argument instrumentalisiert, um einen „ressourcenschonenden und energiesparenden Betrieb“ auch im Bereich Kultur und Medien durchzusetzen.²² Tatsächlich handelt es sich hier um den Versuch, die Kultur- und Medienbranche in das Joch grüner klimaideologischer Ziele zu spannen, die auf einen gesellschaftlichen Umbau in Deutschland hinauslaufen und auf das Weltklima absehbar und nachweisbar keinerlei Auswirkungen haben werden. Aus alledem kann nur ein Schluss gezogen werden: Es geht der Ampel-Regierung kulturpolitisch im Kern um Gesellschaftstransformation, um *social engineering*, mit der Folge, dass sich das Zusammengehörigkeitsgefühl in unserer Gesellschaft immer weiter auflöst. Während die Identitäten aller möglichen Minderheiten vehement betont und gefeiert werden, gibt es eine Gruppe, der keine oder eine nur negative Identität zugestanden wird, nämlich der deutschen Mehrheitsgesellschaft.

²⁰ Vgl. z. B. www.bmfsfj.de/resource/blob/94088/100b89250f16a96e2100074fc7455e7c/jungen-und-maenner-im-spatat-zwischen-rollenbildern-und-alltagspraxis-data.pdf; S. 113, 123 u. a.; letzter Zugriff: 7.12.2022.

²¹ claudia-roth.de/plattform-der-potentiale-green-culture/; letzter Zugriff: 11.01.2023.

²² www.bundesregierung.de/breg-de/service/gesetzesvorhaben/auftakt-green-culture-2144242; letzter Zugriff: 11.01.2023.

7. Erinnerungskultur

Diese Entwicklung ist alarmierend. Die Antragsteller sehen in diesem Identitätsverlust, in diesem Zerfall der Gesellschaft in immer mehr Teilidentitäten auch eine Gefährdung der Demokratie. Die kulturpolitisch betriebene Gesellschaftstransformation, die mit Cancel Culture, Denkmalstürzen und immer offenerer Verachtung von Kulturleistungen der Vergangenheit einhergeht, bedarf einer grundsätzlichen Korrektur. Denn „ohne Geschichte und Tradition, ohne Wissen und Bildung“ gibt es „kein kulturelles Gedächtnis als Voraussetzung für ein Gefühl der Zusammengehörigkeit“, so der ehemalige Präsident des Goethe-Instituts, Klaus-Dieter Lehmann.²³ Die Sorge um das Gemeinwesen kann nur aus einem Gemeinsinn heraus erwachsen, der auf einer gemeinsamen kulturellen Identität beruht. Hier ist auch der Ort der Erinnerungs- und Gedächtniskultur. Deren aktuelle Reduktion auf eine Schuld- und Schamkultur verhindert aber besonders bei der jungen Generation eine positive Identifikation mit dem eigenen Land.

Die aus dieser Kultur resultierende negative Identität, auf die die deutsche „Mehrheitsgesellschaft“ vergattert wird, muss ins Positive gewendet werden, wenn die deutsche Kulturnation eine Zukunft haben soll. Dabei ist dem würdigen Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus verstärkt die Erinnerung an den deutschen Widerstand an die Seite zu stellen.

Hierzu bedarf es einer Erweiterung der Erinnerungskultur auf die positiven Aspekte der deutschen Geschichte, wozu zum Beispiel wichtige Wegmarken der Demokratiegeschichte gehören. Hierbei sind zum Beispiel die Anfänge der Demokratiebewegung hervorzuheben – der Jahrestag des Beginns der Deutschen Revolution 1848/49 jährt sich am 18. März dieses Jahres zum 175. Mal –, die in der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, zu der der Historiker Golo Mann feststellte, dass es „auf Erden“ nie „ein gebildeteres Parlament“²⁴ gab, und in der Verabschiedung der Frankfurter Reichsverfassung am 28. März 1849 (Paulskirchenverfassung) ihren Ausdruck fand. An der Paulskirchenverfassung orientierte sich auch die Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919, die in vielen Teilen den Schöpfern des Grundgesetzes als Orientierung diente. Auch auf kulturell bedeutsame Jubiläen oder Geburts- oder Todestage von herausragenden Persönlichkeiten der deutschen Geschichte ist der erinnerungspolitische Fokus zu richten, um eine Stärkung der positiven Identifikation mit unserem Land zu befördern.

Die Ausbildung kultureller Identität, die Pflege von Traditionen und Sprache sind von zentraler Bedeutung für die Aneignung des kulturellen Erbes und seine Weitergabe an die nächsten Generationen. Nur so können die gegenwärtig stattfindenden Erosionsprozesse kultureller Identität aufgehalten und umgedreht werden. Deshalb ist es von fundamentaler Bedeutung, positive Bezugspunkte kultureller Identität zu schaffen, wozu auch der Wiederaufbau zerstörter historischer Gebäude von nationaler Bedeutung gehört. Auf diese Weise wird nicht nur der Selbstaufgabe der kulturellen Identität entgegenwirkt, sondern nach den Worten des Staatsrechtlers Rupert Scholz auch einem „fundamentalen gesellschafts- und verfassungspolitischen Auftrag“²⁵ entsprochen.

²³ www.goethe.de/de/uun/prs/int/prs/alt/20450313.html; letzter Zugriff: 8.12.2022.

²⁴ Golo Mann (1977): Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, 12. Auflage, Frankfurt/Main, S. 210 f.

²⁵ docplayer.org/20750271-Kulturelle-identitaet.html; letzter Zugriff: 15.12.2022.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. die aktuelle Reduktion kultureller Identität auf eine Schuld- und Schamkultur, die die Regierungspolitik und weite Teile der öffentlichen Meinung dominiert, durch positive Bezugspunkte kultureller Identität zu korrigieren, um die aktive Aneignung kultureller Traditionen und identitätsstiftender Werte wieder in den Vordergrund zu rücken;
 2. im Rahmen eines Dialogprozesses mit Vertretern der ehemaligen deutschen Kolonien auf eine differenzierte Sicht der deutschen Kolonialzeit hinzuarbeiten, wobei neben den zweifellos geschehenen Verfehlungen auch die zukunftsweisenden Errungenschaften dieser Zeit herauszustellen sind;
 3. sich im Rahmen der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Bundesländer für eine differenzierte Sicht der deutschen Kolonialgeschichte in den Curricula des Schulunterrichts einzusetzen;
 4. im Rahmen der Bund-Länder-AG, in die auch kommunale Spitzenverbände eingebunden werden sollen, an die Kommunen zu appellieren, in die Diskussion geratene Straßennamen beizubehalten und ggf. in einen historischen Kontext zu setzen;
 5. sich dafür einzusetzen, dass Restitutionsverfahren von Sammlungsgegenständen aus kolonialem Kontext unterbleiben, und von dieser Regel nur dann abzurücken, wenn das entsprechende Kulturgut von hoher symbolischer Bedeutung für das Herkunftsland ist und nachweislich als Raubgut klassifiziert werden kann;
 6. aufgrund der Nähe postkolonialistischer Theorien zum Antisemitismus die Förderung postkolonialistischer Projekte und Vorhaben umgehend einzustellen;
 7. im Verein mit den Landesregierungen darauf hinzuwirken, die „geschlechtergerechte“ oder „diverse Sprache“, das sogenannte „Gendern“ als Teil eines Versuchs, auch kulturpolitisch ein neues „Sprachregime“ (Michael Esders)²⁶ zu etablieren, aus dem offiziellen Sprachgebrauch des Staates und seiner Institutionen zu verbannen;
 8. alle kultur- und medienpolitischen Förderlinien einzustellen, die auf „Geschlechtergerechtigkeit“, „Chancengleichheit“ oder „Diversität“ entweder direkt hinwirken oder entsprechende Maßnahmen der Antragsteller zur Voraussetzung haben;
 9. die Förderung oder Unterstützung von Kultur- und Medienprojekten aus Gründen der „geringstmöglichen Klimawirkung“²⁷ sowie alle Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Aufbau einer „Anlaufstelle Green Culture“ oder einer „ökologischen Transformation“ einzustellen;
 10. Initiativen, die sich für den Wiederaufbau zerstörter historischer Gebäude von nationaler Bedeutung im Zweiten Weltkrieg einsetzen, auch mit Bundesmitteln zu unterstützen. Ziel muss es sein, einen grundlegenden Paradigmenwechsel einzuleiten, der unseren Städten ein Stück jener Hei-

²⁶ Michael Esders (2020): Sprachregime. Die Macht der politischen Wahrheitssysteme, Waltrap und Leipzig.

²⁷ www.kulturstiftung-des-bundes.de/fileadmin/user_upload/content_stage/Zero/20220211_FGS_FondsZero.pdf; letzter Zugriff: 15.12.2022 (mittlerweile nicht mehr im Netz).

mat, Identität und Tradition zurückgibt, die durch die großflächigen Verwüstungen des zweiten Weltkrieges und die Bauverfehlungen der Nachkriegsarchitektur sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch der DDR verloren gegangen ist.

Berlin, den 16. Januar 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt